Inhaltsübersicht

Einführung der Herausgeber

Teil 1	Gemeindemanagement und Leadership
Teil 2	New Public Management für Gemeinden
Teil 3	Wandel in der Gemeinde nachhaltig gestalten
Teil 4	Kommunales Rechnungswesen und Finanzmanagement
Teil 5	Kooperationen und Fusionen als Mittel für ein effektives Gemeindemanagement
Teil 6	Personal und Know-how als Erfolgsfaktoren im Gemeindemanagement
Teil 7	Funktionale Teilpolitiken in der Gemeinde
Teil 8	Wirtschaftsförderung und Standortpolitik in der Gemeinde
Teil 9	Auf dem Weg zum modernen Gemeindemarketing
Teil 10	Informationsmanagement und Informatik in der Gemeinde
Teil 11	Gemeindemanagement und Recht

Inhaltsverzeichnis

\		des Hereuegeber	Seite 5
VO	rwort	der Herausgeber	Ū
Te	il 1	Gemeindemanagement und Leadership	
Mi	ttel ı	ınd Zwecke von Führung	31
Bri	uno S	Staffelbach	
1	Führ 1.1 1.2 1.3 1.4 1.5 1.6	rung als Mittel: Ausgewählte Inhalte wissenschaftlicher rungsforschung Führungskräfte Führungsverhalten Führungssituation Führungsbeziehung Führungserfahrung Führungsentwicklung	31 33 34 35 37 39
2	2.1 2.2 2.3 2.4	rungszwecke: was heisst "Moral Leadership"? Ausgangspunkt Orientierungsaufgabe des moralischen Leaders Intellektuell Führen Werte verkörpern Leistung bestimmen	40 40 41 43 43 44
Me ric	oder:	ne Gemeindeführung – Organisatorische Neuaus- ng auf den Grundlagen des New Public Managements	47
Pá	ul Se	nn	
1		unftsvorstellungen über Gemeinde- und waltungsmanagement Luzerner Gemeinde – Gemeinde- und	47
	1.1	Verwaltungsmanagement	47
	1.2 1.3	Aufgaben und Funktionen von Gemeinde- und Verwaltungsmanagement Kernelemente von New Public Management (NPM)	48 50
	1.4	Rechtliche Anpassungen auf Kantons- und Gemeindeebene	52
	1.5	Anwendungsprobleme von New Public Management	53

Gemeinden	nanagement	t in Theorie	und Praxis
			• • • • • • • • • • • • • • • • • • • •

2	Kon	sequenzen moderner Gemeindeführung –	
2		I die Gemeindeschreiberln eine Verwaltungsmanagerln?	54
	2.1	Heutiges Berufsbild der Gemeindeschreiberln	54
	2.2	Zeitgemässe Gemeindeführung: Konsequenzen für	
		zukünftige Gemeindeordnungen und Geschäfts-	
		ordnungen von Gemeindebehörden	55
	2.3	Zeitgemässe Gemeindeführung: Konsequenzen für	
		zukünftige gemeindliche Verwaltungs- und	5 0
	0.4	Organisationsreglemente	56 57
		Von der Gemeindeschreiberln zur Verwaltungsmanagerln?	•
3	Zusa	ammenfassung	58
Anl	hang		60
Ro	lle e	xterner Beratung im Gemeindemanagement	63
Ste	efan l	Rieder	
1	Einle	eitung	63
2	Die	Beziehung zwischen Politik und externen Beratern	64
	2.1	Warum braucht es externe Berater	64
	2.2	Beratung als Transformationsprozess zwischen	
		Subsystemen	65
	2.3	Voraussetzungen für eine erfolgreiche Beratung von Gemeinden	68
_	_		00
3		Pflichtenheft als Basis für die Zusammenarbeit mit	00
	3.1	rnen Beratern Wann braucht es ein Pflichtenheft?	69 69
	3.1	Wie muss die Gemeinde bei der Erarbeitung des	09
	0.2	Pflichtenheftes vorgehen?	70
	3.3	Was muss in einem Pflichtenheft stehen?	71
4	Plar	nung des Ablaufs und der Umsetzung von	
	Bera	atungsaufträgen	72
5	Mög	glichkeiten und Grenzen externer Beratung bei Gemeinden	74
	5.1	Zusammenhang zwischen Art der Gemeindeaufgaben	
		und Rolle des Beraters	74
	5.2	Möglichkeiten externer Beratung auf Ebene der Gemeinden	76
_	5.3	Grenzen externer Beratung auf Ebene der Gemeinden	77
6		blick	79
7	Zusa	ammenfassung	79

Teil 2 New Public Management für Gemeinden

	w Public Management am Beispiel der meinde Pfäffikon ZH	85
Má	aurice Pedergnana	
1	Von «Old Public Administration» zu «New Public Management»	85
2	Bildung von Geschäftsfeldern	87
3	Der WOV-Prozess	90
4	Leistungsauftrag und Globalbudget am Beispiel Kultur	92
5	WOV erfordert Management	96
6	Kultur und Führung sind entscheidend in der Umsetzung	98
7	Umsetzung in Pfäffikon auf Verwaltungsebene	101
8	Zur rechtlichen Verankerung – Revision der Gemeindeordnung	103
9	Fazit	103
St	euern mit Zielen, Indikatoren und Kennzahlen	107
M	aurice Pedergnana	
1	Einführung	107
2	Die Aufgabenstellung	108
3	Das Steuerungssystem	111 111
	3.1 Ziele müssen messbar sein3.2 Zielkonsistenz und Delegationshierarchie	112
	3.3 Steuerungszyklus in vier Schritten	113
4	Eigenschaften der Ziele	115
	4.1 Wirkung und Leistung4.2 Quantitativer und qualitativer Charakter	115 118
	4.2 Quantitativer und qualitativer Charakter 4.3 Ziele "balancieren"	119
	4.4 Zielkonflikte und Zielkonsistenz	120
5	Eigenschaften von Indikatoren und Kennzahlen	120
	5.1 Basisinformationen	120 121
	5.2 Steuerungs- und Orientierungsgrössen5.3 Zeitliche Dimension	122
	5.4 Qualitäten des Kennzahlen- und Indikatorensystems	123

14	Gemeindemanagement in Theorie un	d Praxi
6	Zusammenfassung	
-		127
AI	nhang	130
C ₀	ontrolling und Betriebliches Rechnungswesen als emente der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung	133
	an Luc Meyer	
1	Verwaltungsführung 1.1 Wirkungsorientierte Verwaltungsführung 1.2 Führungs- und Veränderungsprozesse	133 133 133
2	 Controlling - Controller - Controlling-Dienst 2.1 Begriffe und Inhalte 2.2 Das Zusammenspiel von Funktionen und Prozessen im Bereich Finanzen und Controlling-Dienst 2.3 Instrumente des Controlling-Dienstes in Verbindung 	134 134 136
	mit den Prozessen	137
3	Leistungsauftrag und Globalbudget 3.1 Leistungsauftrag und Globalbudget 3.2 Kennzahlen als Indikatoren zur Überprüfung von Leistungsauftrag und Globalbudget	138 138 140
4	Das betriebliche Rechnungswesen beimLeistungsersteller 4.1 Aufgaben und Funktionen 4.2 Zusammenhänge von Finanz- und Betriebsbuchhaltung 4.3 Personalkosten- und Leistungsabrechnung	141 141 142 143
5	Zusammenfassung	145
Te	il 3 Wandel in der Gemeinde nachhaltig gestalt	en
Ne tec	v Public Management für Gemeinden: Von Management- hniken zur kulturbewussten Prozessgestaltung	149
Erii	' Nagel	
1	Einleitung	149
2	Gesellschaftlicher Kontext des NPM 2.1 Durchökonomisierung der Gesellschaft 2.2 Staat unter Legitimationsdruck	150 151 152

Ge	emeindemanagement in Theorie und Praxis	15
3	Die «betriebswirtschaftliche Reform» der öffentlichen	
	Verwaltung: Ein modernes Märchen von der Machbarkeit	154
4	Verwaltungsreformen in der Kulturfalle?	156 156
	4.1 Gemeindeverwaltung als kulturelles Wissenssystem4.2 Kulturmanagement oder Kulturentwicklung –	130
	das ist hier die Frage	160
5	NPM als kulturbewusste Prozessgestaltung	162
	5.1 Reflexion der kulturellen Muster und Dynamiken in der Gemeindeverwaltung	163
	5.2 Nutzen der Auseinandersetzung mit der Kulturlandschaft	164
6	Zusammenfassung	165
M	ediation als Instrument zur Konsensfindung in der	
	emeindepolitik	169
CI	hristoph Hauser	
1	Die Gefahr des Konfliktes	169
2	Der Nutzen verschiedener Interessen im Konflikt	170
3	Die Mediation als Konfliktbehandlungsmethode	171
4	Die Mediation – Verhandeln mit Unterstützung	172
5	Anwendungsbereiche der Mediation	175
	5.1 Familien- und Wirtschaftsmediation5.2 Mediation in Verwaltung und Ökologie	175 176
6	Mediative Vorbereitung politischer Fragen –	
U	das Beispiel Gemeindevereinigung	180
7	Mediative Interessenvertretung und Interessenausgleich	
	in der Politik	183
O	b man will oder nicht, man will immer etwas!	
D	en Wandel kommunizieren - Umgang mit den Medien	187
M	larkus Ineichen	
1	Einer allein kann die Wahrheit nicht kennen:	188
_	Der Widerspruch gehört zum demokratischen Diskurs	100
2	Informieren und Bewerten ist das Gegenteil von Überschnorren: Die Wahrheit ist dem Bürger zumutbar	189

Fazit

3	und 3.1 3.2	anns gemacht werden: Medienmitteilung Medienkonferenz Die Form wählen: Inhalt und Absicht bestimmen den Auftritt in den Medien Die Medienmitteilung: schlank und wesentlich Die Medienkonferenz: inszeniert und nahe an den Menschen	191 191 192 198
Te	eil 4	Kommunales Rechnungswesen und Finanzmanagement	
		erte Aufgaben- und Finanzplanung für die	
Ge	mei	nden	205
Ch	risto	ph Lengwiler	
1	1.1		205 205 207 207 208 209
2	2.1 2.2 2.3	ätze für eine integrierte Aufgaben- und Finanzplanung Sinn und Zweck der Mittelfristplanung Pragmatischer Ansatz Halb integrierter Ansatz Voll integrierter Ansatz	210 210 211 212 215
3	Fina 3.1 3.2	inzplanungstool für Gemeinden Aufbau des IBR-Finanzplanungsmodells Zielvorgaben für Finanzplanung und Budgetierung	216 216 218
4	4.1 4.2 4.3	ausforderungen für die Zukunft Problematik der Spezialfinanzierungen Problematik der Globalbudgets Problematik der internen Verrechnungen Problematik von Aufwand und Nutzen	221 221 222 222 223

1	7

Ko	ommunales Zinsmanagement	227
	eristoph Lengwiler	
1	Gemeinden sind einem erheblichen Zinsrisiko ausgesetzt	227
2	Zinsrisiken lassen sich messen	230
3	Zinsrisiken lassen sich beinflussen 3.1 Bilanzstrukturmanagement 3.2 Absicherungsinstrumente	233 233 235
4	Zusammenfassendes Fazit	237
Pr	obleme der Gemeindefinanzierung	241
Cl	hristoph Lengwiler	
1	Stimmungsbild aus den Gemeinden 1.1 Finanzierungsprobleme der Gemeinden 1.2 Auswirkung des Falles Leukerbad 1.3 Veränderungen in der Fremdkapitalstruktur 1.4 Sinn und Zweck von Gemeinderatings	241 242 243 243 243
2	Finanzierungsstruktur von Gemeinden	244
3	Situation der Emissionszentrale der Schweizer Gemeinden 3.1 Problemgemeinden unter den Schuldnern der ESG 3.2 Auswirkungen auf die ESG 3.3 Mögliche Lösungsansätze	247 247 248 248
4	Analyse der Bonität von Gemeinden 4.1 Zweck von Bonitätsanalysen und Ratingsystemen 4.2 Kriterien für die Bonitätsbeurteilung 4.3 Problematik der Ratingsysteme	249 250 251 255
5	Einfluss des Kantons auf die Bonität der Gemeinden 5.1 Staatsgarantie für Schulden der Gemeinden 5.2 Finanzaufsicht des Kantons über die Gemeinden 5.3 Finanzausgleichsystem und Aufgabenverteilung 5.4 Handlungsbedarf für die Kantone	256 256 257 258 259
6	Alternative Finanzierungsmodelle für Gemeinden 6.1 Verstärktes Engagement der Kantone bei der Gemeindefinanzierung 6.2 Wettbewerb unter den Geldgebern 6.3 Neue Finanzierungsvehikel für die Gemeinden	261 262 264 265

7		dlungsbedarf für die Gemeinden Handlungsbedarf lie Gemeinden	267
Te	il 5	Kooperationen und Fusionen als Mittel für ein effektives Gemeindemanagement	
	uord meir	nung der Aufgaben zwischen Kanton und nden	273
Sta	efan F	Pfäffli	
1	Aufg 1.1 1.2	gabenteilung in einem föderalistischen Staatssystem Der gewordene Staatsaufbau Finanzwissenschaftliche Kriterien der	273 273
	1.3	Aufgabenzuteilung Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenteilung	274 282
2		gabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden	202
-		Entstehungsgeschichte (Luzern '99, Gemeindereform) Ergebnisse des Projekts Aufgabenteilung Aufgabenteilung als partnerschaftlicher Prozess	285 287 289 295
Fu	sion	als strategische Grundsatzfrage für Gemeinden	297
Sto	ephai	n Käppeli	
1	Einle	eitung	297
2	Gem	neindefusionen: Rückblick/Ausblick	297
3	Fina 3.1 3.2	nzielle Aspekte Einsparungen Steuerfuss/Finanzaugleich	300 300 301
4	Prob	olemlösungsgemeinschaft	302
5	Dire	kt-demokratische Einflussnahme	304
6	Zusa	nmmengehörigkeitsgefühl, Identifikation mit der Gemeinde	305
7		vicklungsperspektiven/Raumplanung	307
8	Grui	ndfragen im Hinblick auf eine Fusion	300

Ge	meindemanagement in Theorie und Praxis	19
Ve wi	rband Luzerner Gemeinden als Beispiel für eine rkungsvolle Interessenvertretung der Gemeinden	311
Pa	ul Senn	
1	Handeln statt Jammern	311
	1.1 Das Luzerner Problem1.2 Verbandsphilosphie - Verbandszwecke	311 312
2	Führung – Strukturen – Finanzierung	313 314
	2.1 Rechtsform und Mitgliedschaft2.2 Führungsorganisation – Verhältnis zu den gemeindlichen	314
	Behörden und Fachverbänden – Finanzierung	314
3	Strategisches Verbandsmanagement und -controlling	319
	3.1 Ziele im Leitbild des VLG – Verbandspolitisches Controlling	319
	3.2 VLG-Planung 1999 – 2001 – Strategische Schwerpunkte	322
4	Zusammenfassung	324
Ar	nhang	326
Te	eil 6 Personal und Know-how als Erfolgsfaktore im Gemeindemanagement	en
Te	eamarbeit und Teamentwicklung	329
В	runo Christen	
1	Einleitung	329
2	Phasen der Teambildung	330 330
	2.1 Orientierungsphase	331
	2.2 Kampfphase2.3 Organisierungsphase	331
	2.4 Integrationsphase	331
3	Problemfelder	332
4	Konflikte in der Teamarbeit	333
5	Konfliktunfähigkeit	334
6	Nutzen der Konfliktfähigkeit	335
7	Teamarbeit in der Gemeinde	335 335

Gemeindemanagement	in	Theorie	und	Praxis

	7.2 Verwaltungskader als Team7.3 Projekt-Team	336 336
8	Vorteile der Teamarbeit	337
9	Merkmale leistungsfähiger bzw. leistungsschwacher Teams	337
10	Zusammenfassung	340
	ganisationales Lernen in der Gemeinde: ne Prozess- und Produktbetrachtung	343
Mä	arkus Hodel	
Eir	leitung	343
1	Der Begriff organisationales Lernen	343
2	Ein Prozessmodell organisationalen Lernens	346
3	Ein Produktmodell organisationalen Lernens	352
4	Zusammenfassung	361
IBI	R – Kompetenzzentrum für Gemeindemanagement	365
Ve	rena Glanzmann	
1	Entstehung des Kompetenzzentrums in kleinen Schritten 1.1 Methodikgestützter Projektunterricht 1.2 Breites Tätigkeitsgebiet des IBR 1.3 Schwerpunkt im Public Management	365 365 366 367
2	Vielfältiges Leistungsangebot 2.1 Weiterbildung im Bereich des	368
	Gemeindemanagements 2.2 Beratung, Studien und Gutachten 2.3 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung 2.4 Bücher und Publikationen	368 369 371 372
3	Erfolgsfaktoren und Stolpersteine	373

Teil 7 Funktionale Teilpolitiken in der Gemeinde

Ko	mmu	ınale Sportpolitik	379
Pat	ul Eng	gelmann	
1	Der :	Sport heute	379
2		Sport in der Zukunft	380 380 381
3	Grui 3.1 3.2	ndsätze für eine Kommunale Sportpolitik Allgemeine Gedanken zum Sport Leitsätze für eine Kommunale Sportpolitik (Sportleitbild Meggen)	385 385 386
4	Spo 4.1 4.2 4.3	snahmen zur Umsetzung der Kommunalen rtpolitik Das lokale Sportnetz Wer macht mit Welche Aufgaben lösen wir besser gemeinsam? Welche Strukturen sind hilfreich?	387 387 389 390 391
5	Zus	ammenfassung	393
Lo na	kale chha	Agenda 21 – Gemeinden auf dem Weg zu einer altigen Entwicklung	395
Cá		e Portmann	
1	1.1	Rio und die Agenda 21 Die Rolle der Gemeinden	395 395 397 397 398
2	Lok 2.1 2.2	ale Agenda 21-Initiativen LA 21-Initiativen weltweit Strategie für eine nachhaltige Entwicklung in	398 399
	2.3	der Schweiz	399 400

3	Das Beispiel Illnau-Effretikon 3.1 Vom Dorf zur Stadt	403 403
	3.2 Der Nachhaltigkeitsprozess in Illnau-Effretikon –	403
	Sensibilisierungs-Phase	404
	3.3 Tagung "Wünschbare Zukunft"	406
	3.4 Die nächsten Schritte	407 408
	3.5 Erste Erfahrungen in Illnau-Effretikon	
4	Lokale Agenda 21 – Erfolgsfaktoren	409
5	Zusammenfassung	410
Te	eil 8 Wirtschaftsförderung und Standortpolitik in der Gemeinde	
	otandortpontik ili der Gemeinde	
	folgsmöglichkeiten von Gemeinden im nationalen ternationalen Standortwettbewerb	und 415
A	rnold Kappler	
1	Was verstehen wir unter Standortwettbewerb bez. Standortmarketing?	415
2	Dynamisierung des Standortwettbewerbes	416
3	Standortpromotion Zentralschweiz (SPZ)	417
4	Kundenspezifische Ansprache dank "Packages"	419
5	Die Möglichkeiten der Gemeinden im Standortmarketi	na
	der SPZ	421
6	Vorteile der Angebotsgestaltung mit "Packages"	422
7	Schlussbemerkungen	423
8	Zusammenfassung	423
K	ommunale Wirtschaftsförderungspolitik	425
J	ürg Inderbitzin	
1	Zielsetzungen einer kommunalen	
	Wirtschaftsförderungspolitik	425
	1.1 Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen auf Gemeindegebiet	425

 23
426 428
429
429
430
432
432 433
435
436 436 439 440
445
445

Kompetenzorientierte kommunale Standortstrategie

Gemeindemanagement in Theorie und Praxis

1.3 Verbesserung der Gemeindefinanzen

Wirtschaftsförderungsstrategie

3.1 Der Handlungsspielraum einer Wirtschaftsförderung

3.3 Aufgabenteilung im Bereich der Betriebsansiedlungen

Das Instrumentarium einer kommunalen

Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung

4.3 Weitere Massnahmen

3

Möglichkeiten und Grenzen einer kommunalen

3.2 Aufgabenteilung im Bereich der Bestandespflege

4.1 Massnahmen im Bereich der Bestandespflege4.2 Massnahmen im Bereich der Ansiedlungen

1.2 Erhöhung des Wohlstandes in der Gemeinde

Strategien einer kommunalen Wirtschaftsförderung
2.1 Eine griffige Wirtschaftsförderungsstrategie
erfordert eine regionale Betrachtungsweise
2.2 Vorgehen zur Erarbeitung einer kommunalen

T/:	homas Bieger	
1	Der intensivierte Standortwettbewerb als Faktum	445
	Von der Regionalwirtschaft zum Standortmanagement	448
3	Standort-Lebenszyklus und Wirkungsmechanismen	450

	im Wettbewerb	450
ļ	Standorttheorien – Erklärungsansätze für strategische Wettbewerbsvorteile	454

5	Entwicklung von Standortstrategien für Kommunen	460
6	Ausblick	465

Teil 9 Auf dem Weg zum modernen Gemeindemarketing

Ge	meindemarketing: Alter Wein in neuen Schläuchen?	469
Ro	nald Germann	
1	Vorbemerkungen	469
2	Was ist Gemeindemarketing? 2.1 Marketing 2.2 Gemeindemarketing	470 470 470
3	Wozu dient Gemeindemarketing?	471
4	Wie "macht" man Gemeindemarketing? 4.1 Ablaufplanung erstellen 4.2 Situationsanalyse durchführen 4.3 Gemeindemarketing-Konzept verfassen 4.4 Realisation an die Hand nehmen	472 472 473 473 474
5	Sieben Thesen zum Gemeindemarketing 5.1 Gemeindemarketing ist Zukunftssicherung	474
	 5.2 Gemeindemarketing ist Dienstleistungsmarketing 5.3 Gemeindemarketing ist nichts Gutes – 	474 475
	ausser man tut es	476
	5.4 Gemeindemarketing ist mehr als Standortpromotion5.5 Gemeindemarketing ist Führungssache	477
	5.6 Gemeindemarketing ist Dienst am Kunden5.7 Gemeindemarketing ist gut, Regionalmarketing	477 478
	ist oft noch besser	478
	rvice Qualität in der Gemeinde – Ansätze zur	
Me	ssung und Steuerung	481
Sto	efan Michel	
1	Ausgangslage	481
2	Empirische Untersuchungen	482
3	Ansätze zur Service Qualität 3.1 Merkmalsorientierter Ansatz 3.2 Ereignisorientierter Ansatz 3.3 Kausalanalytischer Ansatz	488 488 489 490
4	Schlussfolgerungen	495

Teil 10 Informationsmanagement und Informatik in der Gemeinde

Inf	ormatikstrategien für Gemeinden	499
Ign	az Rieser	
1	Trends und Entwicklungen	499
2	Informatikstrategien	500
3	Informatikstrategien bei Gemeinden	502
4	Vorgehen zur Erarbeitung einer Informatikstrategie	505
5	Fazit	506
int Ko	ernet als kommunales Informations- und ommunikationsinstrument	509
Fra	ank Koch	
1	Ausgangslage	509
2	Problemstellung	510
3	Der Sonderfall öffentliche Verwaltung 3.1 Bedeutung Datenschutz 3.2 Traditionell kleine Gemeinwesen mit	511 512
	3.2 Traditionell kleine Gemeinwesen mit beschränkten Ressourcen3.3 Ähnliche Aufgabenstellungen werden	513
	unterschiedlich gelöst	514
4	Welches Nutzenpotential lässt sich erschliessen?	514
5	Welche Schwierigkeiten sind zu adressieren? 5.1 Kundenorientierung darf nicht untergehen 5.2 Mitmenschen dürfen nicht ausgegrenzt werden	516 517 517
	5.3 Internet birgt zusätzliche Quelle für Datenmanipulation5.4 Gemeinwesen sind oft zu klein	517 517
6	Wie kann Electronic Government umgesetzt werden? 6.1 Schritt 1: Analyse der Organisationsstrukturen 6.2 Schritt 2: Analyse der Geschäftsfelder und	518 518
	Aktivitäten der einzelnen Organisationseinheiten	518

Gemeindemanagement	in	Theorie und Praxis

	6.3 6.4	Schritt 3: Darstellung der Aktivitäten als Prozesse Schritt 4: Auswahl der durch das Internet zu	519
		unterstützenden Prozesse	519
	6.5	Schritt 5: Design der neuen internet-unterstützten Prozesse	520
7	Zus	ammenfassung	520
Int	erne	tauftritt kommunaler Tourismusorganisationen	523
Sta	ephai	n M. Hirt	
1	Einl	eitung	523
	1.1	Technologische Entwicklungen und das Internet als	500
	1.2	Impulsgeber Eignung elektronischer Märkte für touristische	523
		Produkte	525
2		ler im Tourismus und in elektronischen Märkten -	
		ncen und Gefahren	528
3		nmunale Tourismusorganisationen auf elektronischen kten	F20
	3.1	Kritische Würdigung heutiger Internet-Auftritte	530 531
	3.2	Resultate der Untersuchung	533
4	Zus	ammenfassung und Fazit	538
_			
IE	ell 7	1 Gemeindemanagement und Recht	
D٤	tens	chutz und -sicherheit in der Gemeinde	545
Ui	sula	Sury	
1	Date	enschutz – Eine persönliche Angelegenheit	545
2	Date	enschutz wird immer bedeutender	546
3	Date	enschutz im Spannungsverhältnis	547
4	Ges	etzliche Grundlagen	547
5	Die	Rechtsfolge von Datenschutzverletzungen für	
		neinden	549
6	Date	enschutz als Führungsaufgabe	550

Ge	meindemanagement in Theorie und Praxis	27
7	Erstellung und Umsetzung eines Datenschutzkonzeptes 7.1 Wer hat welche Daten und warum? Analyse 7.2 Umsetzung in einem repräsentativen Teilbereich 7.3 Erstellung eines Konzeptes 7.4 Regelmässige Kontrolle	551 551 552 553 553
8	Datenschutz – Ein Gewinn für jede Gemeinde	553
Ne	ew Public Management und Recht	555
Hä	ans-Beat Ulmi	
1	Charakteristiken des New Public Managements (NPM) 1.1 Elemente des NPM im Überblick 1.2 Ziele des NPM 1.3 Prinzipien der Aquivalenz und Kongruenz	555 555 557 558 559
2	Ausgewählte rechtliche Fragen 2.1 Fragen der Rechtsstaatlichkeit 2.2 Fragen der Demokratie 2.3 Fragen des Verwaltungsrechts	559 564 566
3	Schlussbetrachtungen und Zusammenfassung	567
G	er Vollzug bundesrechtlicher Vorschriften durch emeinden am Beispiel der Finanzierung der iedlungsentwässerung	571
R	Peto Ineichen	
1	Ausgangslage 1.1 Entstehungsgeschichte 1.2 Rechtliche Grundlagen 1.3 Verursacherprinzip	571 571 571 572
2	2.1 Genereller Entwässerungsplan (GEP)2.2 Durchsetzung des Verursacherprinzips2.3 Finanzierung der kommunalen Abwasserentsorgung	573 573 576 578
3	Musterreglement für die Siedlungsentwässerung 3.1 Vorschlag des Militär-, Polizei- und Umweltschutz- departementes des Kantons Luzern (MPUD) 3.2 Gebührenmodelle im Vergleich	579 579 580

Gemeindemanageme	nt	t in	Th	neorie	und	Praxis

Vollzugsproblematik		584
4.1	Allgemeines	584
4.2	Die Anforderungen an die Gemeinden	585
4.3	Die Zusammenarbeit unter den Gemeinden	586
Zus	ammenfassyng	587